

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. Januar 1920

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Verlagsanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 12

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker hat am 28. August v. J. die Bildung einer **Lehrlingskommission** und einer **Fachkommission**

beschlossen. Die Organisationen haben die Mitglieder dieser Kommissionen inzwischen ernannt. Der Lehrlingskommission liegt die Pflicht ob, eine Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe zu schaffen, deren Einführung am 1. April d. J. erfolgen soll.

Mitglieder dieser Kommission sind: Prinzipalsseitig die Herren van Aken in Firma Joh. van Aken (Krefeld); M. Forsberg in Firma L. Düringshofen (Berlin); Kommerzienrat Felix Kraus in Firma Hoffmannsche Buchdruckerei (Stuttgart); Otto Säuberlich in Firma Oscar Brandstetter (Leipzig). — Gehilfsseitig die Herren Bruno Dreßler (Leipzig); Paul Eckert (Berlin-Neukölln); Albrecht Fülle (Berlin); Paul Muffial (Berlin). Außerdem die Vorsitzenden und der Geschäftsführer des Tarifamts.

Der Fachkommission dagegen ist die Aufgabe gestellt, alle der Hebung des Buchdruckgewerbes dienenden Angelegenheiten zu beraten und dem Tarifausschuß entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Mitglieder dieser Kommission sind: Prinzipalsseitig die Herren Bahl in Firma Paul Bahl (Hamburg); Bagel in Firma M. Bagel (Düsseldorf); Friedrich in Firma Graf, Barth & Co. (Breslau); Seinemann in Firma „Wilmersdorfer Zeitung“ (Berlin-Wilmersdorf); Jaeger in Firma Gebauer-Schwelbke (Halle a. d. S.); Nebel in Firma Gerlach (Leipzig). — Gehilfsseitig die Herren Karl Engelhardt (Hannover); Joseph Gradinger (München); Emil Hallupp (Leipzig); Wilhelm Krakau (Königsberg i. Pr.); Reinhold Nimmer (Berlin); Karl Reinhold (Berlin); Wilhelm Schade (Hamburg). Außerdem das Tarifamt.

Das Tarifamt ruft hiermit die Mitglieder dieser beiden Kommissionen zu Beratungen nach Berlin zusammen.

Die Lehrlingskommission beginnt mit ihren Verhandlungen am 16. Februar, die Fachkommission am 8. März, vormittags 9 Uhr, in Berlin, im „Vereinshaus Deutscher Ingenieure“, Sommerstraße 4a (gegenüber dem Reichstagsgebäude).

Berlin, 22. Januar 1920.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Ernst Boll, Stellvert. Prinzipalsvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfsvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

□ □ Zur Generalversammlung □ □

„Vorpruch“

Ende Mai wird die zehnte Generalversammlung des Verbandes in seiner Firmierung seit 1893 in Leipzig zusammengetreten. Spartenkongresse werden die Umrahmung bilden, die Tarifrevision wird ihre Schalten stark vorauswerfen, äußere und innere Politik der Organisation wie des Gewerbes kommen zur Aufrollung, Linke und Rechte spannen auf Sünden, die soziale Umwälzung mit dem ganzen Wirbel und Glend unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse werden sich in unheimlicher Plastik widerspiegeln, Unmögliches wird verlangt und manche gute Möglichkeit übersehen werden. Herrschaften, gibt das ein Fest! Die Redegruppe wird haufen und die Schreibwelt vorher sich ausleben wollen. Eine vollröhrende Symphonie mit reichlichen Kakophonien dürfte in Leipzig zur Ausführung gelangen.

So steht es bei manchem in der Erwartung — die aber doch wohl mannigfach enttäuscht werden wird. So deutet sich manches in schon vorliegenden Artikeln an und mehr in anderweitigen Auslassungen — was aber nach Möglichkeit von uns eingedämmt werden soll.

Wir wünschen für die Verhandlungen nühbringende Debatten unter Voranstellung des Allgemeininteresses und Abwägen des Erreichbaren, und wir verlangen, daß im „Korr.“ die Diskussion kurz, sachlich und sachdienlich sich gestaltet. Es können nicht alle Weltfragen aufgeworfen und nicht alle Weltfragen bei der Gelegenheit gelöst werden. Die Aussprache soll anregend sein, befruchtend wirken, darf aber nicht uferlos werden.

Unter Hinweis auf das im Abschnitt VII von Nr. 8 Gesagte erklären wir, daß wie bei der Diskussion zur

letzten Tarifausschlußung auf größte Konzentrierung gehalten werden wird, und daß bei Wiederholungen nur die neuen Gesichtspunkte kurze Anführung finden werden. Nach altem Brauche wird unterleits sonst in die Generalversammlungsdiskussion nicht eingegriffen. Damit ist Klatsch und Schiefheiten kein Freibrief gewährt; nötigenfalls muß durch eine Marginalie verhindert werden, daß nachfolgend auch andre bei einem Thema von ganz falschen Gesichtspunkten ausgehen. Der nachstehende erste Artikel zeigt, wie eine Materie zweckdienlich behandelt werden kann.

Es ist zu begrüßen, daß in Nr. 9 der Verbandsvorstand schon eine gute Unterlage gegeben hat, eine Vorlage über das Statut wird folgen. Das ist Stoff für die Versammlungen, über die selbstverständlich nur in kurzen Absätzen berichtet werden kann. Ausführlichere Begründungen anderer Auffassung müssen an den Verbandsvorstand gerichtet werden. Am 15. Februar läuft der Termin für die Antragstellung ab.

Also, geliebte Gemeinde, es gilt zu beherzigen, daß sich in der Beschränkung der Meißner zeigt. Für Witzburg 1918 (Nr. 39) schrieben wir einen groben Leiter als Wegführer für die Generalversammlungsdiskussion. Es geht so auch. Gebet hin und tuet dergleichen!

Verband und Sparten

Es ist ein eigenartiger und im gewerkschaftlich-organisatorischen Leben gewiß nur einmal zu verzeichnender Zustand, daß derartig umfangreiche, mit ganz bestimmten Aufgaben betraute organisatorische Gebilde, wie unsre Sparten es sind, im Verbandsstatut weder Berücksichtigung noch überhaupt Erwähnung finden. Und obwohl seit langem familiäre Instanzen sich darüber im klaren find, daß die Befähigung der Sparten unter den gegebenen Verhältnissen eine Notwendigkeit ist, ja, daß ohne

die Mitarbeit der Sparten der Einfluß des Verbandes auf die Gestaltung und den Ausbau der beruflichen Verhältnisse in den einzelnen Fachgruppen ein überflüssig bescheidener wäre, hat man sich bisher nicht dazu entschließen können, dieser Erkenntnis in durchgreifender Weise Rechnung zu tragen. Bei Behandlung der Spartenanträge auf den verschiedenen Generalversammlungen sind wohl Abergrieffe und falsche Maßnahmen der Sparten einer schonungslosen Kritik unterzogen worden, aber nie hat man den einzig zum Ziele führenden Weg eingeschlagen, die Sparten in irgendeiner Form fester an den Verband zu heften. Nie hat man sich dazu entschließen können, den Grundgedanken der Spartenanträge nachzuspüren, die immer nur zum Ziele hatten, eine Einheitsfront aller Verbandsmitglieder zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen herzustellen.

Zugegeben, daß dieser Gedanke nicht in allen Anträgen klar zutage trat und daß daher die Generalversammlung rein formal einen Grund zur Ablehnung derselben hatte, so kann diese formale Stellungnahme in derartig wichtigen Fragen doch niemals und niemandem befriedigen. Es ist daher als Anzeichen einer gewissen Schwäche zu bewerten, wenn man sich den Spartenanträgen gegenüber in unbestimmten und unverbindlichen Zugeständnissen und Lokaltäterklärungen erschöpfte.

Der Verbandsvorstand wird mit den Zentralkommissionen der Sparten in dauernder Fühlung bleiben; — die Obleute der Zentralkommissionen können zu den Gausvorsteherkonferenzen hinzugezogen werden; — Spartenkongresse dürfen materielle Unterstützung finden; — für die Wahl der Beisitzer zum Verbandsvorstand wird Berücksichtigung der Sparten empfohlen. Dazu die vereinsten örtlichen Zugeständnisse in ähnlichen Dingen.

Alles kann und darf geschehen oder wird empfohlen, aber in keiner Frage hat man sich in bestimmter Form statutarisch festgelegt. Und so ist es möglich, daß man von langjährig geliebten Bräuchen aus Stimmungen heraus abzuweichen bereit ist, wie es bei den letzten Wahlen zum Berliner Gauvorstand geschah. Dem vom Maschinenmeisterverein aufgestellten Spartenvertreter wurde in der entscheidenden Delegiertenversammlung des Gauvereins aus Gründen, die hier nichts zur Sache tun, ein Kandidat entgegengestellt und aus den gleichen Gründen, d. h. aus der gleichen Stimmung heraus, von der Mehrzahl der Delegierten gewählt. Der ureigenliche Zweck der Spartenvertreter im Gauvorstand, eine enge Fühlungnahme zwischen Gau- und Spartenverein herbeizuführen, wird dadurch natürlich illusorisch gemacht, und wir sehen gerade an diesem Falle, zu welchen unliebsamen Erscheinungen es führen kann, wenn man sich in derartig wichtigen Dingen mit Lokaltäterklärungen begnügt, statt alles in statutarischer Form festzulegen.

Wenn wir daher auch zu der kommenden Generalversammlung des Verbandes mit unsern Anträgen hervortreten, so in der Hoffnung, daß bei der auch aus andern Gründen erforderlichen Umgestaltung des Verbandsstatuts diesmal auch die Sparten die ihnen gebührende Berücksichtigung finden werden.

Für den § 20 Abs. 1 des Statuts schlagen wir folgende Fassung vor: „Der Verbandsvorstand besteht aus dem ersten und zweiten Vorsitzenden, dem Hauptverwalter, dem Kassierer, sechs Beisitzern und den Obleuten der Spartenkommissionen.“

Ob bei einer derartigen Erweiterung des Vorstandes die Zahl von sechs Beisitzern beizubehalten oder ob, da ja an Stelle der unter den Beisitzern vorhandenen Spartenkollegen die Obleute der Zentralkommissionen treten, die Anzahl der Beisitzer anders zu bemessen ist, möge die Generalversammlung nach Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände entscheiden. Unser Antrag bringt auch kein Mißtrauen gegenüber den bisherigen Beisitzern zum Ausdruck, er bezweckt nur ein engeres Zusammengehen zwischen Verband und Sparte. Die Zentralkommissionen, deren Befähigung schon bisher nur im Rahmen der Generalversammlungs- und Vorstandsbeschlüsse erfolgen durfte, werden diesen Beschlüssen weit eher und stimmungsgemäß nachzukommen in der Lage sein, wenn sie bei der Beratung zugegen, ja, an dieser teilnehmen können. Und wenn man schon auf die Mitwirkung Spartenangehöriger im Verbandsvorstand nicht verzichten zu können glaubt, so ist es unrespektvoll, zu diesem Behufe die Obleute der Sparten heranzuziehen, in deren Händen das Material in Spartenfragen aus dem ganzen Verbandsgebiete zusammenläuft. Und auf der andern Seite ist es moralisch, wenn man denjenigen Kollegen, die sich in ihrer Eigenschaft als Obleute der Sparten mit ihrer ganzen Person für die Durchführung der Verbandsbeschlüsse ein-

zusehen haben, auch Gelegenheit gibt, ihre Stimme bei der Fassung dieser Beschlüsse in die Waagschale zu werfen.

Das gleiche, was hier für die Zusammenfassung des Verbandes gefordert wird, muß auch für die Gauverhältnisse und, soweit es unter Berücksichtigung der nach praktischen Erfahrungen zu bestimmenden Personenzahl notwendig ist, für die Bezirks- und Ortsverbände maßgebend sein. Hier die richtige Norm zu finden, überlassen wir besser den in dieser Frage erfahreneren Kollegen aus den Provinzen.

Gibt man dann den Zentralkommissionen noch das Recht, zu den Generaterversammlungen des Verbandes Anträge zu stellen, so gibt es für diese keinen Anlaß mehr, für ihre Anträge durch Vermittlung der Spartenvereine den Antrag über die Verbandsmitgliedschaften zu benutzen. Und die Generaterversammlung braucht sich über die „Mache“ bei Stellung der Spartenanträge nicht mehr zu entstellen.

Die Annahme vorbezeichneter Anträge steht jedoch weitaus voraus. Denn an sich ist es ein Übel, wollte man Organisationen, die wohl aus Verbandsmitgliedern bestehen, denen aber nicht alle der betreffenden Fachgruppe zugehörigen Verbandsmitglieder anzugehören brauchen und auch in Wirklichkeit nicht angehören, einen derartigen Einfluß auf die Verbandsgeschichte zubilligen. Der Einwand, daß diejenigen Kollegen, die durch ihr Fernbleiben von der Sparte ihr geringes Interesse an dieser und damit wohl auch am Verbandsbestehen, auf eine Einflusnahme auf die Verbandsgeschichte verzichten, wird nicht immer voll befriedigen können. Wir müssen mit klüger Überlegung allen Eventualitäten Rechnung tragen, dürfen uns in nichts auf den Fortbestand des augenblicklich vorfindlichen vorhandenen guten Willens verlassen, sondern haben eine Form zu suchen und festzusetzen, die nachbilligen Ermessen allen Ansprüchen gerecht wird. Die Sparten haben sich ihres freiwilligen, damit aber auch ihres selbständigen Charakters zu enthalten. So werden zu mit ganz bestimmten Aufgaben betrauten Organen des Verbandes umgestaltet, denen alle der betreffenden Fachgruppe zugehörigen Kollegen unterstehen. Das ist die einzig mögliche Form, in der die Spartenfrage endgültig zu lösen ist, und zugleich der Weg, den wir doch einmal gehen müssen. Eins ohne das andre ist unmöglich und gäbe immer wieder zu neuen Beanstandungen Anlaß. Das Nächstliegende ist daher, daß die Generalversammlung die Anträge auf Ergänzung der Vorstände durch die Spartenobleute und Vorsitzenden als Übergangsbestimmung annimmt und den Zentralvorstand, verstärkt durch eine Beordnung geeigneter Kollegen, mit der Ausarbeitung einer Vorlage beauftragt, die die organisatorischen Zusammenhänge sowie die finanziellen und sonstigen Fragen regelt. Die endgültige Beratung und Beschlussfassung unterläßt der folgenden Generalversammlung.

Unsre Freunde werden sich über die Bescheidenheit vorliegender Anträge wundern und über die Bereitwilligkeit, daß der wir die Selbstständigkeit der Sparte opfern im Gegensaße zu dem Vorlaß aller früheren Spartenanträge. Sie mögen sich gefaßt sein lassen, daß ausgeübtes Überdenken aller Möglichkeiten und Zusammenhänge, eingehendes Abwägen zwischen Schein und Sein der Sparten und sich wiederholendes Überprüfen zu diesen Anträgen geführt hat.

Vielleicht haben wir noch einmal Gelegenheit, vor der Generalversammlung unsere Anträge zu begründen und von allen Seiten zu beleuchten. Dann werden auch unsere Freunde sich darauf vereinigen können. Für heute kann es nur darauf an, diese Anträge unter Berücksichtigung des Papiermangels den Kollegen zur Beachtung und Aussprache zu unterbreiten.

Berlin.

O. Dörband.

Wünsche aus dem neuen Saarstaate

Nachdem der Friede von Versailles endgültig geschlossen, tritt der neue Saarstaat als eines seiner Produkte in die Erscheinung. Es gilt, sich mit dieser Tatsache, mit der rauen Wirklichkeit abzufinden und sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Zählt dieser Miniaturstaat auch nur 600000 Einwohner, so ist er doch ein wichtiges Wirtschaftsgebiet, das als Grenzland eine noch erhöhte Bedeutung besitzt. Nach Tradition und Vergangenheit und auch für die fernere Zukunft soll uns Buchdrucker Schutz und Schirm bleiben jene Organisation, in der wir aufgewachsen sind.

Wie sich kleine Wirtschaftsgebiete an größere anlehnen, in ihnen vielleicht aufgehen müssen, so ist es im Zeitalter der Organisation ein Übel, daß kleine Gewerkschaften den Erfordernissen unserer Zeit gewachsen sind. Nur in der zentralen Zusammenfassung aller Berufskräfte liegt eine bessere Zukunft, heute mehr als je.

Nachdem die letzte Gauvorkehrerkonferenz sich mit dem Abtrennungsgebiet im Norden und Osten befaßt, soll auch die Generalversammlung im Mai sich mit den organisatorischen Fragen der Gauneinteilung beschäftigen, darum lenkt die Kollegenschaft an der Saar die Aufmerksamkeit unter Organisation wie aller Berufsangehörigen einen Moment auf die derzeitigen Verhältnisse im Saarlande.

Durch eine Verordnung des Obersten Verwalters im Saargebiet ist es nicht dort Unzulässigen verboten, Versammlungen irgendwelcher Art zu besuchen. Dadurch ist indirekt ein Redeverbot erlassen, das wohl im Moment nicht allzu schwer empfunden, mit der Zeit aber eine immer größere Entfremdung innerhalb der Organisation und deren Instanzen zeitigt. Ein direkter Verbot von irgendeiner Art des Verbandes ist nicht mehr möglich, wenn wir nicht einen Weg finden, der uns in irgendeiner Form eine Vertretung läßt. Nachdem wir politisch ohne unsre Schuld von allen Vaterlande getrennt, wünschen wir wenigstens innerlich den Boden der Zusammen-

gehörigkeit weiterzuspinnen. Wohl war das Saargebiet in den letzten zwei Jahrzehnten auf fast allen Generalversammlungen vertreten, aber was damals nur erzwungen, ist heute eine gebieterische Notwendigkeit, soll der innere Zusammenhalt nicht nur bestehen, sondern in den Zeiten der Not sich noch inniger gestalten.

Wenn nun eine Neuorientierung unserer organisatorischen Verhältnisse eine Neuenteilung durch den Gaubereich bedingt, so ist es doch zweifellos richtig, daß alle zur Zeit bestehenden Fragen auch eine entsprechende Berücksichtigung finden. Weiter dürfte ein erstrebenswertes Ziel neuerzeitlicher Bedürfnisse sein: Zusammenfassung sämtlich organisatorischer in einen Gau, was auf der Generalversammlung mit zu beachten wäre. Es wäre ein selbsterhellendes Werk, wenn nur einer Instanz, einem Gauvorkehrer, möglich und, wenn irgend denkbar, sollte auch jeder Ballast beseitigt werden.

Auch die wirtschaftliche Lage mit all ihrem Drum und Dran hat eine Gestalt angenommen, die eine direkte Fühlungnahme mit untrer Zentrale geradezu gebieterisch verlangt. Das Saarland ist heute eine Steuerungsgebiet erster Ordnung. In der Galwischen Statistik vom Oktober 1919 befindet sich Saarbrücken als drilleuerste Stadt in Deutschland aufgeführt; die weitere Beschleunigung hat diesen Fortschritt gemacht. Aus diesem Grunde konnte auch die neue Steuerungszone nicht befreit werden. Deshalb hat die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied der Richtung an ihre Arbeitgeber Lohnforderungen bis 150 Proz. gestellt. Wir Buchdrucker rangieren mit unserm Einkommen an letzter Stelle. Ein vollständiger Ausverkauf im Grenzlande geht vor sich, und wer da sieht, wie der glückliche Besitzer von Franken für einen Schafel des Geldes haust, was der Markbesitzer zahlen muß, wird verstehen, daß dieses alles weniger als Zufriedenheit auslöst. Bergleute und breite Arbeiterkreise, die auf preußischem Gebiete wohnen und in Lothringen arbeiten, verdienen 15 bis 22 Fr. täglich, in deutsches Geld umgewandelt 69 bis 101,20 Mk. Was wir Buchdrucker unter diesen abnormen Verhältnissen leiden, soll jeder in seinem Denken selbst beschließen. Weiße Arbeiterkreise suchen ihre Lage zu verbessern dadurch, daß sie in Lothringen arbeiten, und dieses verführt die Lage immer mehr, so daß wir im Saarlande bald auf einer Insel sitzen. Noch vieles wäre zu diesen wirtschaftlichen Vorgängen zu sagen; es sollte doch nur die Notwendigkeit beweisen werden, sich veränderten Verhältnissen anzupassen. In diesem Sinne wünscht die Kollegenschaft an der Saar eine gerechte Würdigung ihrer Lage sowohl bei der Organisationsleistung wie bei allen Berufsangehörigen im alten Vaterlande.

Saarbrücken.

L. R.

Das Buchgewerbe im Auslande

Esch-Lothringen. Der in bedrohliche Nähe gerückte allgemeine Streik der esch-lothringischen Buchdrucker ist durch rechtzeitiges Besprechen des Verhandlungswegs abgewendet worden. Auf Grund von Besprechungen, an denen je sechs Vertreter der Prinzipale und der Gehilfen teilnahmen, wurden am 5. Januar feste tarifliche Abmachungen getroffen. Danach hat die tägliche achtstündige Arbeitszeit innerhalb der Zeit von 7 bis 6 Uhr, in Zeitungsbetrieben bzw. abteilungen von 7 bis 7 Uhr stattzufinden. Ein Lohnunterschied zwischen Verheiraten und Ledigen über 24 Jahre besteht fortan nicht mehr. Die bisherigen tariflich festgelegten Löhne und Steuerungsleistungen bilden nunmehr das Existenzminimum. Auf dieses wird eine Erhöhung gewährt von 8 Proz. für die Klasse C und die Gehilfen im ersten Gehilfenjahre, 10 Proz. für die Klassen A und B (außer den Lohnzuschlägen). Die Aberskudenenitätshädigung beträgt für die Zeit von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends 25 Proz.; von 8 bis 10 Uhr abends 50 Proz.; von 10 bis 12 Uhr 60 Proz.; von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens 75 Proz. Bei regelmäßiger Nacharbeit oder bei Nacharbeit für die Dauer von mindestens einer Woche (einschließlich der Nacharbeit von Sonntag auf Montag für Montagszeitungen) wird ein Zuschlag bezahlt, der zwischen Gehilfenleistung und Personal vereinbart wird, und nicht weniger als 20 Proz. und nicht mehr als 30 Proz. des Gesamtwochenlohns betragen soll. Sonntagsarbeit wird durch einen Zuschlag von 75 Proz. auf den Stundenlohn entschädigt, unter Wegfall der Grundpositionen. Maschinenleger erhalten einen Zuschlag von 12 Fr. auf das Stundenlohnminimum. Der neue Tarif hat vorläufig Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1920. Bis zu diesem Zeitpunkt wird eine Zulage irgendwelcher Art nicht beanprucht werden. Die endgültige Regelung aller übrigen Punkte (Schiedsgericht, Arbeitsnachweis usw.) wird bei der im Laufe des Januar stattfindenden reaktionellen Tarifrevision vorgenommen werden. Die Prinzipalvertreter erklären sich mit der Zurücknahme der von der Gehilfenchaft ausgesprochenen Kündigung einverstanden.

Zel dem von den französischen Behörden angeordneten Verkaufe der M. DuMontSchauergischen Buchdruckerei in Straßburg, welche von 1882 bis 1918 die „Straßburger Post“ herausgab, ist der Zuschlag der Esch-lothringischen Druckerei vorn. D. Fischbach erteilt worden.

Polen. In Nr. 148 v. J. brachten wir über die Organisationsverhältnisse im neuen Polen eine Darstellung eines gelegentlichen Mitarbeiter, die — wie uns aus Polen direkt mitgeteilt wird — mehr oder weniger daneben trifft. Zur Nichtfeststellung resp. Aufklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse lei einer längeren Entgegnung des Kollegen D. Wegner (Polen) hier Raum gegeben. Dieser schreibt u. a.:

Schon der erste Satz des Artikels in Nr. 148: „Die Organisationsverhältnisse der Buchdrucker im neuen Polen liegen noch sehr im argen“ kennzeichnet die Unkenntnis des Einsenders. Was das hiesige Gebiet, das ehemals preußische Teilgebiet, betrifft — von Russisch-Polen und Galizien soll hier nicht gesprochen werden —, so ist das gerade Gegenteil der Fall; hier sind die Organisationsverhältnisse, man kann wohl sagen, musterhaft. Sie werden kaum von einem andern Gebiet in Deutschland und sicher von keiner andern Gewerkschaft übertroffen. Es dürfte hier sehr wenige organisationsfähige Kollegen geben, die nicht einer der beiden Organisationen — dem Verbande der Deutschen Buchdrucker oder dem Polnischen Buchdruckerverband — angehören. Andererseits sind auch die Prinzipale ebenso stark organisiert. Diese Organisationen haben sich einen Tarif geschaffen, der für das ganze Gebiet Gültigkeit und durch Verordnung des Ministeriums für das ganze Gebiet rechtsverbindliche Kraft hat. Die Tariforganisation ist aufgebaut nach dem Muster der deutschen Tarifgemeinschaft mit einem Tarifauschuss aus dem ganzen Gebiet und einem Tarifamt mit dem Sitz in Polen. Beide Organe sind paritätisch zusammengesetzt aus deutschen und polnischen Mitgliedern. Der Einleger des Berichts aber schreibt schlankweg: „... Es fehlt eine einheitliche Führung. Jede Stadt, ja man könnte sagen, jede Druckerei geht in der Lohnfrage selbständig vor.“ Man sieht hier schon, daß seine Berichterstattung für den hiesigen Teil Polens nicht zutrifft. Am unzutreffendsten ist entliehen der Teil des Berichts in Nr. 148 v. J., in dem sich der Verfasser mit dem Polener Buchdruckerverein und den agitatorischen Maßnahmen des polnischen Verbandes befaßt. Daß der Polnische Buchdruckerverband für seine Organisation wirbt, kann ihm doch niemand zum Vorwurfe machen, ja, man kann es, wie die Verhältnisse liegen, den Kollegen nicht einmal verübeln, wenn die dieser Werbung Folge leisten. Denn auch hier stellt man sich die Sache einmal umgekehrt vor: es wären neue Gebiete zu Deutschland gekommen; würde der deutsche Verband nicht alle Hefel in Bewegung setzen, die Kollegen in diesen neuen Gebieten zu sich herüberzuziehen? Es ist nun einmal ein selbständiges Polenreich entstanden. Die Republik wird neben eigener Verfassung und eigener Gesetzgebung und Verwaltung auch ihre eigenen Gewerkschaftsverbände haben, die ihre Organisation auf diese Gesetzgebung und Verwaltung werden einstellen müssen. Das will allerdings manchem noch immer nicht eingehen, und auch dem Verfasser des Berichts scheint offenbar vor, daß die Buchdrucker ganz Polens sich organisieren müssen etwa im Gau Polen oder Westpreußen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, anstatt umgekehrt, und nur aus dieser Auffassung heraus kann er es fertig bringen, zu schreiben: „Der Polener Buchdruckerverein läßt sich offenbar von bösem Willen leiten.“ Und wenn er dann ferner dem Polnischen Buchdruckerverbande das Zeugnis ausstellt, er sei „nicht eine Arbeiterorganisation, sondern vor allen Dingen ein nationales Vereinsgebilde. Er verfolgt dieselben Ziele wie der Deutsch-nationale Handlungsgewerkschaftsverband, der sich im übermäßigen Gebrauche der nationalen Phrase, in Insupermerkschuldlichkeit, in hohen Fragen und leeren Tatsachen offenbaren“, so ist das nichts als ein schändlicher und also durchsichtiger Versuch, die Berufsangehörigen im ehemals preußischen Teilgebiete Polens zusammen- oder vielmehr auseinanderzuheben, ein Versuch, mit dem die deutschen Kollegen Polens nichts zu tun haben und gegen den sie auf das allerentschiedenste protestieren müssen.

Schließlich wird unter Polen in Nr. 148 noch allerlei von der Ablehnung eines Geluchs der Lithographen, Stein-drucker und Chemigraphen durch die „Preisberatungskommission“, die um die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker nachgedacht hatten, berichtet. Auch hier offenbaren sich Unwissenheit und Unkenntnis des ganzen Sachverhalts. Tatsächlich ist der Sachverhalt folgender: Als unsere Tariforganisation abgeschlossen und längst in Kraft war, trat der Verein der Lithographen, Stein-drucker und Reproduktionsphotographen an das Tarifamt heran mit dem Ersuchen, in die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker aufgenommen zu werden. Aus formellen Gründen mußte dieses Gesuch vom Tarifamt abgelehnt werden, erstens weil es zur Aufnahme anderer Berufsgruppen in die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker nicht berechtigt ist und in der Lage war; das Tarifamt ist vom Tarifauschuss eingeseht, um die Beschüsse des letzteren zur Ausführung zu bringen. Zweitens mußte das Gesuch vom Tarifamt abgelehnt werden, weil nur die Arbeitnehmer die Aufnahme nachgedacht hatten, die Arbeitgeber aber nicht; und dritten, weil der betreffende Verein keine Lohnsätze und sonstige Arbeitsbedingungen formuliert hatte. Das Tarifamt hatte sich aber wohl bereit erklärt, die Vermittlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu übernehmen. Es hat später auch tatsächlich vermittelt, und unter seiner Befestigung ist eine Einigung zwischen beiden Parteien zustande gekommen. Die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft konnte aus den oben angeführten Gründen nicht erfolgen, aber der genannte Verein hat sich mit dieser Lösung der Frage zufrieden gegeben.

Der Polnische Verband wird nun einmal die gegebene Organisation in Polen sein, nicht der deutsche, und daher handelt es sich für die deutschen Verbandsmitglieder in Polen darum, sich nach den neuen Verhältnissen zu orientieren. Wie sie sich und ihre Organisation einrichten werden, das wird Gegenstand reichlicher Überlegung und späterer Konferenzen sein; die größte Aussicht hat wohl der Plan einer selbständigen deutschen Organisation, die als Ganzes, als eine Sektion, dem polnischen Verbands sich anschließt. Doch müssen erst die Grenzen endgültig festgelegt werden, Ruhe und Frieden eintreten, ehe an die Arbeit gegangen werden kann. Die Verbandsmitglieder in den an Polen

fallenden Geistes haben es nicht so eilig, von ihrer Mitgliederorganisation loszukommen, wie die Kollegen in Nordschleswig oder gar in Ostpreußen; wenn es nach ihnen ginge, würden sie auch weiterhin beim deutschen Verband bleiben. Sie stecken aber den Kopf nicht in den Sand und sehen der Tatsache klar ins Auge, daß die Bürger des polnischen Westpreußen werden. Und wenn sie nicht unter die Räder kommen wollen, dann heißt es für sie, sich mit ihren polnischen Kollegen eng zu verknüpfen und nicht zu entwerten. Zusammenschluß ist die Parole, nicht Bruderkampf.

Für seine sachlichen Richtigstellungen über die gegenwärtigen Organisationsverhältnisse im neuen Polen wissen wir dem Kollegen Wegner (Polen) Dank. Unser polnischer Mitarbeiter hat mehr die Verhältnisse in Kongregationen im Auge gehabt, wo ja bisher keine karistische Zentrale bestand, und schloß sich im übrigen bei seiner Berichterstattung auf die polnische graphische resp. Tagespresse, die anscheinend sehr schlecht unterrichtet ist. Wir werden das in Zukunft durch entsprechende Maßnahmen zu berücksichtigen wissen. Auffällig ist jedoch, daß Kollege Wegner in seiner Nichtsstellung die in Nr. 148 kritisierte Tatsache völlig übergeht, daß der politische Verein in seinen Agitationsinhalten in der polnischen Presse mit unzutreffenden Angaben operierte. Wenn es darin a. B. hieß, daß der deutsche Verband, soweit er für die deutsch-polnischen Landestelle in Betracht komme, sich sehr „polnisch-deutscher Verband“ nenne, um so seine polnischen Mitglieder zu behalten, so ist das eine Behauptung, die mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße steht und deshalb eine Zurückweisung verdient.

Schweiz. Am 31. Dezember 1919 waren es zwei Jahrzehnte, seit Kollege Jacques Schlumpf sein Amt als Verbandssekretär des Typographenbundes angetreten hat. Sein Name ist so eng mit der neueren Geschichte des Verbandes verknüpft, daß er es wohl verdient, in der Öffentlichkeit mit einigen Zeilen erwähnt zu werden. Es war in der Urabstimmung vom 18. November 1899, als Kollege Schlumpf, damaliger Präsident der Sektion Zürich, mehrheitlich von der Kollegenschaft als Sekretär gewählt wurde. Ein großes Arbeitsfeld war seiner Schaffenskraft hiernächst geöffnet; viele Probleme harrten der Vollenbung. Da waren einmal die tariflichen Zustände — jede Sektion besaß noch ihren eignen Tarif —, die dringend nach einer Verbesserung riefen und dann in der Schaffung des Einheitstarifs dies erfuhren. In der Gründung des Verbandes für Schiedsgerichte, der Berufsgemeinschaft usw., überall hat Kollege Schlumpf unermüdet gearbeitet. Sein Werk ist auch die Vermittlung mit den Zeitungen und der Zusammenbruch mit den westlichen Kollegen, so daß nun nur noch ein Verband in der Schweiz besteht. Auch auf den internationalen Kongressen vertrat Schlumpf den Typographenbund mit Geduld und Energie. Manchen Streich hat er jeweils auf den General- und Delegiertenversammlungen ausgeführt. Nicht minder temperamentvoll vertrat er in Tarifkämpfen den Prinzipalisten gegenüber die Sache der Gehilfenschaft. Es würde hier zu weit führen, all das aufzuzählen, was er durch seine unermüdete Schaffenskraft für den Verband geleistet; es sei nur an die schweren Jahre des Krieges gedacht. Möge seine Kraft dem Schweizerischen Typographenbunde noch recht lange erhalten bleiben!

Die Abrechnung für das dritte Quartal ergibt für die Krankenkasse 89578 Fr. Einnahmen und 70124,45 Fr. Ausgaben. Auch die Allgemeine Kasse ergibt einen Überschub: Einnahmen 46712 Fr., Ausgaben 35616,60 Fr., das ist ein andres Bild als das erste Quartal, wo die Einnahmen 30129,10 Fr. und die Ausgaben 61118,50 Fr. betragen.

Seitens der Zentralkommission der Maschinenleger der Schweiz wurde zum ersten Male wieder seit Kriegsausbruch eine Statistik der beruflichen und sanitären Verhältnisse der Maschinenleger aufgenommen, die, wenn sie auch von einem Teile der Kollegen mangelhaft ausgefüllt wurde, doch ein interessantes Bild gibt. Das ganze Gebiet des Typographenbundes umfaßt 125 Druckereien mit 276 Druckereien mit Sehmachmaschinenbetrieb. Eingegangen sind die Fragebogen aus 192 Druckereien und 94 Druckereien; wobei in Betracht zu ziehen ist, daß in vielen Druckereien, namentlich auf dem Lande, der Prinzipal oder eines seiner Angehörigen die Maschine bedient, von dem dann der Statistikhogen selbstverständlich nicht ausgefüllt wurde. In diesen 192 Druckereien sind insgesamt 401 Sehmachmaschinen aufgestellt. Das am meisten verbreitete System ist die Vintoppe, und zwar mit 84 Ideal, 10 Multi-ideal, 78 Eindecker, 39 Doppeldecker, 12 Dreidecker, 4 Vierdecker sowie 2 Viktorine (ein Vintoppsystem, das beim Erbschneidern sofort von der Mergenthaler Fabrik auf gekauft wurde). In zweiter Stelle kommt der Typograph mit je 63 Stück Modell A und B und 12 Stück U. Die Monotype ist mit 28 Stck und 20 Gheapparaten vertreten, während die Monoline noch in 6 Exemplaren ihr Dasein fristet. 479 Kollegen sind ganzjährig an der Maschine beschäftigt, außerdem sind noch 56 Halbschichtarbeiter und 62 Reservearbeiter vorhanden. Im ferneren ergibt die Statistik, daß 51 Prinzipale und Familienangehörige, 3 Geschäftsführer und 5 Faktoren ganz oder teilweise an der Sehmachmaschine beschäftigt sind. Interessant sind die Angaben über das Alter: unter 20 Jahren sind 2 Kollegen, von 21 bis 25: 37, 26 bis 30: 85, 31 bis 35: 121, 36 bis 40: 77, 41 bis 45: 56, 46 bis 50: 29, über 50 Jahre 14. Auffallend ist die kleine Zahl der Kollegen unter 25 Jahren. Es ist dies zwar kein Fehler. 473 Maschinenleger gehören dem Typographenbund an, der Maschinenlekerparale 362, der „neutralen“ Gewerkschaft 25, wild 15. Über die Wohnverhältnisse liegen die Angaben noch nicht vor.

Dänemark. Der Hauptvorstand des Dänischen Typographenbundes macht bekannt, daß ab 1. Januar 1920

das geänderte Gesetz über die anerkannten Arbeitslosenstellen in Kraft getreten ist. Danach fällt die bisher geleistete Zuverlässigkeit weg, und an deren Stelle tritt eine Erhöhung der sachgemäßen Unterstufung, so daß dieselbe Unterstufung gewährt wie bisher. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. März kann ebenfalls wie bisher „fortgeschrittene Hilfe“ an Mitglieder gezahlt werden, die ihre sachgemäßen Unterstufungen aufgebraucht haben. Der Wohnungszuschuß für Unverheiratete fällt weg, dagegen kann der Familienverdiener einen Wohnungszuschuß erhalten im Betrage bis 30 Kr. monatlich. Das Gesetz erlaubt, daß die seit 1918 laufende sachgemäße Unterstufung erhöht werden kann bis zu 2 Kr. für Verheiratete und 1 Kr. 50 Oro für Unverheiratete. Danach erhöht sich die Unterstufung für die verheirateten dänischen Verbandsmitglieder von 1 Kr. 50 Ore und 2 Kr. auf 3 Kr. 50 Ore und 4 Kr.; für unverheiratete von 1 Kr. 50 Ore und 2 Kr. auf 3 Kr. und 3 Kr. 50 Ore.

Norwegen. Der Landesrat, der im Vorjahre auf ein Jahr abgeschlossen war, ist von beiden Parteien verlängert worden. Zur Revision einiger Punkte ist am 6. Januar in Kristiania eine Kommission zusammengetreten.

Holland. Das holländische Buchdruckergewerbe kam mit der Erneuerung der Tarifvereinbarung, über deren Ergebnis wir bereits berichteten, wieder auf festem Boden. Der Tarifgedanke schloß allmählich tiefere Wurzeln in der Gehilfenschaft. Mehr und mehr ließ sich die Tatsache feststellen, daß ohne Tarif keine Besserung ihrer Lage und keine gesunde Entwicklung des Buchgewerbes möglich ist. Es läßt eine dunkle Zeit von harten, erschöpfenden Kämpfen bevor, wenn der neue Tarif nicht zustande gekommen wäre. Was haben auch die Prinzipale eingesehen, als sie sich zusammenfanden, um über den Tarifentwurf, dessen wichtigste Bestimmungen in einer früheren Nummer ebenfalls abgedruckt sind, zu beraten. Er wurde, freilich mit einer sehr kleinen Mehrheit, angenommen. Danach hatten die Gehilfen das Wort. Am 18. und 19. Dezember wurde eine geschlossene Generalversammlung in Amsterdäm abgehalten. Obwohl eine starke Opposition hauptsächlich gegen die Klassenunterscheidung auf dem Plan erschien, wurde der Entwurf, in dem vor allem die Löhne eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren, mit 174 gegen 19 Stimmen genehmigt. Die Urabstimmung unter allen Mitgliedern ergab, daß sich 3573 für und 887 gegen die Annahme erklärten, während 40 Proz. der Mitglieder nicht gestimmt hatten. Fast zu gleicher Zeit kam auch für die Buchbinder, welche ebenfalls auch dem Buchdruckerverband angehören, ein Tarifvereinbarung zustande, das auch für diese Kategorie eine Besserung ihrer Lage bedeutet. Der Verbandsbeitrag ist bis auf 1/3 des Wochenlohns erhöht worden.

Die Gehilfen der Reichsdruckerei in Haag sind nicht im Buchdruckerverband organisiert, weil sie sich für „Reichsbeamten“ halten und sich also nicht mit den „gewöhnlichen“ Gehilfen in den Privatbetrieben auf eine Stufe stellen wollen. Ihre „höhere“ Position konnte aber nicht verhindern, daß die Löhne der „Reichsbeamten“ weit hinter denen, welche in den Privatbetrieben verbüßt werden, stehen. Mit dem neuen Tarifübereinkommen erst recht! Deshalb sind die Herren „Beamten“ unangenehm geworden und haben in einer Resolution beschlossen, der Regierung bekanntzugeben, daß es nicht länger angehe, einen Zustand fortzusetzen zu lassen, wobei die Gehilfen der Reichsdruckerei zehn und mehr Gulden wöchentlich weniger verdienen als ihre Kollegen in den Privatbetrieben!

Wie uns unser Amsterdamer Mitarbeiter mitteilt, sind von Leipzig aus nach Holland an Interessenten Geschäftsverträge verhandelt worden, deren Abseher ein Blumenzweibehälter in Allogon (ein kleiner Ort in Holland) ist. Selbstverständlich ist die Druckerei auch in Leipzig hergestellt worden. Dieses komplizierte Mandat ist auf den niedrigen Stand des deutschen Geldes in Holland zurückzuführen. Es ist nicht unmöglich, daß viele holländische Geschäftsleute auf diese Weise verfahren, wodurch das holländische Buchdruckergewerbe mehr oder weniger geschädigt wird. Hoffentlich ziehen die deutschen Buchdruckereibesitzer aus dieser Mitteilung aus Holland die nötige Auswirkung. Im Interesse einer gesunden Konkurrenz ist es durchaus notwendig, Druckaufträge aus Holland auf der Grundlage des normalen Marktwertes, wie er vor dem Kriege bestand, zu kalkulieren.

Für die hungernden Wiener Kinder hat der holländische Buchdruckerverband 3000 Gulden gespendet und außerdem noch 1000 Gulden für die Kinder der Wiener Buchdrucker.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Falsche Gerüchte über Solidaritätsstreiks zwecks Aufhebung der Zeitungsverbote. Weder in Berlin noch in Halle a. d. S. sind in Leipzig sind die Anstrengungen von Außenstehenden und zum Teil auch aus Kollegenkreisen geübt, die Zeitungsverbote für Stilllegung der bürgerlichen Blätter zu gewinnen, um auf diese Weise das Wiedererschneiden der verbotenen unabhängigen und kommunistischen Zeitungen zu erzwingen, die übrigens nicht sämtlich von dem Verbot betroffen worden sind. Auch die Verbandsleitung hat vor dieser Methode gewarnt, weil dadurch das Ziel noch verschimmert und dieser Weg einen Eingriff in die Pressefreiheit durch Buchdrucker darstellen würde, für welche aus der Kollegenschaft heraus

wie von allen kompetenten Stellen bei der Betriebskampagne soeben erst verbürgende Erklärungen abgegeben worden sind. Es sind jedoch von unsern Instanzen nach allen Kräften die Bemühungen fortgesetzt worden zur Aufhebung der Zeitungsverbote. Der Verbandsvorstand wurde persönlich vorstellig bei der Reichsleitung, die schwerwiegende Gründe für ihre Maßnahmen andeutete, aber doch erkennen ließ, daß der gegenwärtige ganz unerfüllbare Zustand sich bald wesentlich ändern würde. In Kiel ist inzwischen das Zeitungsverbot rückgängig gemacht worden, andre Städte werden in den nächsten Tagen folgen. Es kann jedoch nicht verheißt werden, daß viel davon abhängt, wie das Verhalten der maßgebenden unabhängigen und kommunistischen Kreise sich weiter gestaltet. Wie man von dieser Seite in den Tagen der Revolution und dann in den ersten Monaten von 1919 mit der Pressefreiheit umgesprungen ist, das rückt sich jetzt und unterbindet auch bei dem gewiß überwiegenden Teile der Buchdrucker die Sympathie, die aber für unsre durch die vielen Zeitungsverbote in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen voll vorhanden ist. Wir ermahnen auf alle Fälle zur größten Besonnenheit, damit nicht noch Weiterungen entstehen, durch welche die Situation nur erschwerter werden könnte. Wer grundsätzlich für Pressefreiheit ist, kann und darf nicht selbst dazu beitragen, daß sie irgendwie unterbunden werden könnte. Wir werden auf alle Vorgänge seit dem Artikel in Nr. 9 in dieser Angelegenheit noch eingehend zu sprechen kommen.

Kolatzschlätze betreffend. Das Tarifamt ersucht uns, folgenden Nachtrag zu der Bekanntmachung über Kolatzschlätze zu bringen: Kreis XI. Die Orte Bernau und Uranenburg erhalten jezt 5 Proz., ab 1. Januar 1921 weitere 7/8 Proz. Erkner, Königswusterhausen, Süpandl, Nauen, Straußberg und Werder erhalten jezt 5 Proz., ab 1. Januar 1921 weitere 5 Proz. Friedrichshagen jezt 5 Proz., ab 1. Januar 1921 weitere 2/3 Proz. Sossen jezt 7/8 Proz., ab 1. Januar 1921 weitere 5 Proz. Im Kreise VII ist beim Orte Martha 12/16 Proz. Kolatzzuschlag einzulegen.

Erste Sitzung der Sachkommission. Am 8. und 9. März werden in Berlin im Vereinshause Deutscher Ingenieure die von den beiderseitigen Organisationen ernannten und vom Tarifamte befristeten Mitglieder der neugebildeten Sachkommission erstmalig zusammenzutreten zur Beratung aller derjenigen Angelegenheiten, die der Hebung des Buchdruckergewerbes dienen können. Aus der Hof der Zeit heraus wurde dem Tarifamtschub im Mai 1919 die Bildung einer Sachkommission in Vorschlag gebracht. Diese Anregung fand allseitige Zustimmung. Die Ausführung dieses Vorhabens wurde verabschiedet durch dauernde Inanspruchnahme aller Tariforgane und Funktionäre der Organisationen, hervorgerufen durch die ungleichen Verhältnisse, die sich auf tariflichem Gebiet und im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes entwickelten und auch heute noch bestehen, lähmend auf die gewerbliche Tätigkeit einwirkend. Trotzdem soll der Versuch zum Vorwärtsschreiten gemacht werden, soll mit Hilfe der Sachkommission das Interesse der Berufsangehörigen an der Aufwärtsentwicklung des Buchdruckergewerbes neu belebt, der Sinn für größtmögliche und nachhaltige Schaffensfreudigkeit geweckt werden. Zum Aufgabenkreise der aus Männern der beruflichen Praxis bestehenden Sachkommission gehören beispielsweise Maßnahmen zur Produktionssteigerung in Menge sowohl wie Güte, Verbesserung praktischer, der Vereinfachung des Arbeitsprozesses dienender Arbeitsmethoden, Einwirkung auf die Lieferanten des Buchdruckergewerbes zwecks Rücksichtnahme auf berufliche Erfahrungen bei Verwendung der Erzeugnisse, Stellungnahme gegen Anfalls- und Gefängnisdruckereien, Einschränkung behördlicher Druckereien, Bekämpfung des Submissionswesens Vergessens von Druckaufträgen usw. Dieses Programm hat sich auch das Tarifamt zu eigen gemacht. Die endgültige Entscheidung über die Einzelheiten der Sachkommission steht dem Tarifamtschub zu. Angelegenheiten, die die Interessen aller Berufsangehörigen betreffen und von denen ihrer Erfüllung entgegengeführt werden sollen, bedürfen der Zustimmung der Vertretung der tariflosen Prinzipalität und Gehilfenschaft. Möge die Sachkommission die in sie gesetzten Erwartungen in jeder Hinsicht erfüllen im Interesse des Gesamtgewerbes!

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Kollege Hermann Greif in Freiberg (Sa.) ist Stadtverordneter geworden. In Tübingen sind die Kollegen Hartmann, Hepper und Seeger als Gemeinderäte, Schöllkopf und Walz als Schworen, Hartmann und Hepper als Schöffen tätig; in letzterer Eigenschaft auch Kollege Paul Wada in Breslau.

„Die Ausnutzung unserer Maschinen.“ Zu den unser dieser Umschrift in Nr. 7 gebrachten Artikeln schreibt uns ein Kollege aus Hattings, daß der „Fachzeitschreiber“ F. S. Runge vor etwa acht Jahren dort als Faktor tätig war. Runge schriftstellerschaftlich schon damals sehr produktiv und behandelte besonders gern die Arbeit in den Buchdruckereien. Er wählte am liebsten die Fehler einzelner Setzer, die vielstetlich in der Eile oder auch durch vorkommende Unachtsamkeit entstanden sein mögen, zerpflückte sie ausführlich in einer großen Zeilenzahl und glaubte dadurch dem Gewerbe gütlich zu haben. Die benutzten Korrekturen wurden in den Artikeln abgebildet, so daß es den Kollegen sofort bekannt war, in welcher Druckerei diese Schmitzer verbrochen wurden. Die Kollegen hielten diese „Hebung des Gewerbes“ natürlich nicht

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 12 — Leipzig, den 29. Januar 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ □ Kriegssteilnehmerfragen □ □

Die im Vorjahr erfolgte Einrichtung dieser Sammelrubrik, in der das Verhältnis der Organisation zu den Kriegsteilnehmern in zusammengefügter Form behandelt werden kann, ist, wie wir verschiedenen Zuschriften entnehmen, allseitig Zustimmung begegnet. Kollege Georg Hinemann in Hann.-Münden schreibt über das Thema „Anrechnung der Kriegsdienstzeit bei den Karentzen“ u. a.: Eine Stellungnahme zu dieser Frage sollte von keinem Ortsverein verfaßt werden, aber nicht etwa im „Korr.“, bellerie nicht, denn dazu ist der Raum zu kostbar, sondern in Anträgen zu der kommenden Generalversammlung. Die Notwendigkeit einer entsprechenden Regelung der Karentzfrage wird am besten derjenige würdigen, der selbst jahrelang unverfälscht das graue Kleid des Krieges mitmachen mußte und so in Nachteil gegenüber seinen glücklichen in der Heimat gebliebenen Kollegen geraten ist. Was die finanzielle Frage anbetrifft, so muß und läßt sich ein Ausweg finden. Einwendungen von Seiten der zurückgebliebenen Kollegen werden sicher nicht gemacht. Erläuterungen über das „Wie“ verbietet der Raum, aber bei sachlicher Betrachtung des Schlusswortes des Kollegen Wipich (Leipzig) in Nr. 140 des vorigen Jahrgangs kann man diesem vollkommen zustimmen, und eine besondere Kommission der Generalversammlung zur Bearbeitung der Kriegsteilnehmerfragen würde, den richtigen Weg schon finden.

Unter der Stichmarke „Den Kriegsschädigten ihr Recht!“ schreibt Kollege M. in Donauwörth: Viel Unzufriedenheit innerhalb unseres Berufs kam letzte Zeit in den Spalten des „Korr.“ zum Ausdruck. Diejenigen aber, die am meisten Grund zur Unzufriedenheit hatten, hüllten sich bis jetzt in stilles Schweigen: die Kriegsschädigten. Wohl mancher Kriegsschädigte Kollege wird mit einem gewissen Bangen nach Beendigung seiner Kriegsdienstzeit zum Berufe zurückgekehrt sein. Kann ich wohl meinen Beruf wieder ausüben? Bin ich in der Lage, den Anforderungen meines Prinzipals zu genügen? Mancher Kollege mußte sich enttäuscht nach einem andern Beruf umsehen! Viele aber konnten trotz ihrer Kriegsschädigung den Anforderungen unseres Berufs in allem genügen, und welchen von ihnen erfüllte es nicht mit Freude, seine Leistungen mit befriedigtem Resultat zu messen mit denen mancher Nichtkriegsschädigten? Welche Enttäuschung aber wurde vielen, als sie nach wenigen Wochen vom Gauvorstande den Bescheid erhielten: der Verbandsvorstand muß Ihnen auf Grund Ihrer Kriegsschädigung „Invalidevorbehalt“ zuerkennen. Voll und ganz erfüllen wohl alle Kriegsschädigten ihre Pflichten dem Verbands gegenüber und dennoch weigert er sich, den Kriegsschädigten die Rechte gleich einem andern Verbandsmitglied einzuräumen. Welcher Kriegsschädigte, dem „Invalidevorbehalt“ zuerkannt, muß sich nicht angefaßt solcher Tatsachen als minderwertiges Verbandsmitglied fühlen? Im „Merktblatt“ für die im Seeresdienste stehenden Mitglieder des B. d. D. B. lesen wir von „Wohltuenden für unsre Feldarbeiter und namentlich für unsre Kriegsschädigten Mitglieder“, und im selben Schriftchen wird den Kriegsschädigten der „gute Rat“ gegeben, durch energische Verfechtung ihrer Ansprüche der Seeresverwaltung gegenüber sich für verloren gegangene Rechte an anderer Stelle schadlos zu halten. Wie und wo macht man das? möchte ich den Schreiber des „Merktblattes“ fragen. Sicherlich hatte er nicht die Ehre, unser Wilhelm von Amarongen zu dienen, denn da wäre er eines andern belehrt worden. Viele Kriegsschädigte werden nicht einmal für ihr vergossenes Blut, nicht für ihre hingegebene Gesundheit entsprechend entschädigt, geschweige denn für verloren gegangene Rechte. Kann sich aber nicht auch das Leiden mancher Kriegsschädigten auf Grund der beruflichen Tätigkeit nach Jahren verschlimmern? Wie ist es dann mit dem Invalidevorbehalt? Kein Kriegsschädigter wird verlangen, daß dem Verbandsrat und Anstößen durch seine Dienstbeschädigung entstehen; aber ein jeder kann verlangen, daß er zur Aufrechterhaltung der vollen Rechte eines Verbandsmitgliedes zugelassen werde. Wäre es denn innerhalb des Verbandes nicht möglich, eine angemessene Karentzzeit festzusetzen, nach deren Ablauf Kriegsschädigte als vollberechtigte Verbandsmitglieder anerkannt werden, wenn sie während dieser Zeit den Nachweis voller Leistungsfähigkeit erbracht haben. Ich möchte doch! Hoffentlich wird von der nächsten Generalversammlung den Wünschen der Kriegsschädigten entsprochen, um so mehr, als von der letzten wenig Rühmliches für sie geleistet wurde.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. Nr. 4 des „Korr.“ enthält einen Bericht über die Abstimmung zur Gauvorstandswahl in Berlin, der durch seine angelegten Ausführungen geeignet ist, ein falsches Licht auf die Berliner oppositionellen Buchdrucker zu werfen. Zur Steuer der Wahrheit möchte ich daher folgendes bemerken: 1. Es ist eine glatt erfundene Be-

hauptung, daß geheime Versammlungen abgehalten worden sind. Die Besprechungen der Berliner oppositionellen Buchdrucker sind ständig in der „Freiheit“ veröffentlicht worden. 2. Das erwähnte Flugblatt hat recht, wenn es von „unwürdiger Bevormundung“ spricht. Wurde doch den Berliner Maschinenmeisterkollegen, die in ihrer Spartenversammlung fast einmütig den Kollegen Pöschmann zu ihrem Vertreter im Gauvorstande gewählt hatten, durch die Generalversammlung der dem Vorstande genehme Kollege Mühlberg geradezu aufgedrängt. Mag dies Verfahren auch statutarisch zulässig sein, es fällt den „großen Demokraten“ doch schwer, es zu bemaßen. Daber muß noch eine Schimpfkanone über die „Novemberegierungskammer“ herfallen, deren Verantwortung ich aus Reinlichkeitsgründen ablehnen muß, ebenso wie die Frage nach der Herkunft der Mittel, mit welchen wir unsere Mitglatter bestreuen. Nach berühmtem „Muster“ werden demnach aus Aufwand wohl wieder „einige Waggons voll Geld“ einstreifen.

Bremen. In der Versammlung am 21. Dezember gab Kollege Dieka einen ausführlichen Bericht von der Gauvorsteherkonferenz, womit eine Besprechung des Ergebnisses der Tarifabschlussung verbunden wurde. Fast allgemein wurde die Tätigkeit der Gehilfenvertreter anerkannt und das Ergebnis als im Augenblicke zufriedenstellend betrachtet. Allgemein wurde jedoch die Geltungsdauer der neuen Zulage bis zum 31. März n. J. als viel zu weit hinausgeschoben bezeichnet. Die seitens der Reichsregierung angeordnete Erhöhung der Preise für alle notwendigen Lebensmittel, die anlässlich der Verhandlungen wohl noch nicht bekannt war, machte die Zulage vollständig illusorisch, was zur Folge habe, daß die Gehilfen schon in aller nächster Zeit mit neuen Forderungen an den Tarifabschluss herantreten müßten. Im Zusammenhang damit wurde die Frage aufgeworfen, in welcher Weise die Löhne schneller und auch ohne die hohen Kosten der Tarifabschlussungen den jeweiligen Feuerungsverhältnissen angepaßt werden könnten, wobei man zu dem Ergebnis kam, daß die von hier schon im Mai d. J. geforderte gleitende Lohnskala — nach der die Löhne automatisch den Feuerungsverhältnissen angepaßt werden — unbedingt zur Einführung kommen müßte. In den Kollegen trotz ihrer Lohn erhöhungen nicht immer ärmer werden. Des ferneren wurde kritisiert, daß man wiederum die Bezahlung, die doch ebenso unter der Feuerung leiden, nicht bedacht habe. Bezüglich der Gauvorsteherkonferenz wurde von einigen Rednern ausgeführt, daß man auch bei uns der Frage der Aufnahme der Bezahlung in den Verband jetzt näher treten müßte. — Die ordentliche Generalversammlung fand am 14. Dezember statt. Sie hatte sich mit den Neuwahlen und andern Vereinsangelegenheiten zu beschäftigen. — Am zweiten Weihnachtstage konnte Kollege Georg Mener als dritter Kollege im Gau auf eine 50jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Was unser allseitig bester Schorfe Mener für die Organisation als solche sowie in besonders für den Bremer Verein geleistet hat, ist anlässlich seines 50jährigen Jubiläums vor vier Jahren schon dargelegt worden. Erinnern wollen wir nur an seine verdienstvolle Tätigkeit im Jahre 1891/92 anlässlich des Neuenfundenkampfes, wo er als Kassierer der Streikkommission das Vertrauen seiner Kollegen in besonderer Maße genoss. Unser Jubilar wurde am 8. August 1850 in Oßernburg bei Oldenburg geboren, lernte am 26. Dezember 1869 in Oldenburg bei der Firma Pittmann aus, trat am gleichen Tage seiner Organisation bei, konfolidierte dann längere Zeit in Oldenburg, ging auf die Wandererschaft und war in einer Anzahl Städte Deutschlands fällig, bis er im Dezember 1882 nach Bremen kam. Erreichterweise ist unser Jubilar, der als Korrektor bei der Firma Hauschild tätig ist, geistig und körperlich noch recht frisch, so daß es ihm nach menschlichem Ermessen vergönnt sein dürfte, noch viele Jahre seiner ihm lieb gewordenen Tätigkeit nachzugehen.

Dresden. „Wie wohl ist mir, o Freund der Seelen“ — wichtig halte der Gehalt der Dresdner Buchdruckerfänger wider in der Halle des Dresdner Krematoriums, die Trauerfeier für unsern Hermann Steinbrück wirkungsvoll einleitend. An dem von Blumen und Kränzen über und über bedeckten Sarge sprachen flempfunden Worte der Ehrung und des Beileids für den Verbandsvorstand und die deutsche Kollegenchaft Kollege Eifer (Berlin), für den Vorort und den Gau Dresden Gauvorsteher Wendische, für die Dresdner Ortskrankenkasse und den Arbeitervertreterverein (Steinbrück war in beiden 25 Jahre Vorstandsmitglied) sowie die Dresdner Arbeiterchaft Volkskammerpräsident Frähdorf, für den Bezirk Zittau Kollege Brunsch (Zittau). Besondere Vertreter hatten entsandt die Gawe Leipzig und Erzgebirge-Vogtland und die Vororte der Gaubezirke. Von der Werkchädigung Steinbrücks legten Zeugnis ab die Beileidskundgebungen (zum Teil mit Kranzpenden) aller Gauvorstände, der „Korr.“-Redaktion, der Dresdner Sparten und vieler Kollegen und Freunde aus allen Teilen Deutschlands. Dafür an dieser Stelle unseren besten Dank. Steinbrücks Wirken wird nie vergessen werden und noch lange Früchte tragen. Friede seiner Ashel!

Frankfurt a. M. (Freie Faktorenvereinigung.) Zu Beginn der Versammlung am 21. Dezember machte

der Vorsitzende die mit lebhaftem Beifall ausgenommene Mitteilung, daß sich in Köln für den Tarifkreis II eine Freie Faktorenvereinigung gegründet hat. Weitere Gründungen innerhalb dieses Tarifkreises stehen in sicherer Aussicht. Als Hauptpunkt der Tagesordnung war die Berichterstattung des Kollegen Grünwald von der Gauvorsteherkonferenz über unsern seitens untrer Zentralkommission gestellten Antrag auf Anerkennung untrer Vereinigung vorgelesen. In mustergültiger Weise entrollte uns der Redner ein Bild von der Aussprache der Gauvorsteherkonferenz über die Ansuchen innerhalb dieser Sürperschaft über die Zweckmäßigkeit oder Nichtzweckmäßigkeit untrer Spezialorganisation. Lebhafter Beifall dankte dem Kollegen für seine Ausführungen, aber eine teilweise noch lebhaftere Diskussion schloß sich diesen an, die die nachfolgende Erklärung zeltigte: „Die am 21. Dezember 1919 tagende Mitgliederversammlung der Freien Faktorenvereinigung für den Tarifkreis III nimmt Kenntnis von der Stellungnahme der Gauvorsteherkonferenz betreffs Anerkennung der Freien Faktorenvereinigung als Sparte. Die Versammlung beschließt aber trotz Nichterfüllung ihres Wunsches einstimmig, auf der einmal bestrittenen Bahn in rein gewerkschaftlichem Sinne weiterzuarbeiten. Ferner erklären wir, daß wir selbst, wie wir bereits am 12. Oktober in der allgemeinen Faktorenversammlung kundgegeben haben, gegen jede Zerstücklung sind. Sollte die Gegenseite geneigt sein, dieselben Ziele zu verfolgen wie wir, und dies mit Beweisen belegen können, so sind wir auf deren Wunsch jedergelt bereit, uns in eventuelle Verhandlungen einzulassen.“

z. Karlsruhe. Die Versammlung am 19. und 20. Dezember nahm neben der Berichterstattung untrer Gehilfenvertreter G. Klein (Stuttgart) zuerst Kenntnis von einem sich mit der Gehilfenzulage und der Erhöhung der Druckpreise im Handelskammerbezirk Karlsruhe befassenden gedruckten Bericht. Die darin enthaltenen Behauptungen, daß die Erhöhung der Druckpreise ganz besonders deshalb nicht Schritt halten könnte, weil die Lohnerböhung jedesmal rückwirkend war, was bei der Preiserböhung naturgemäß ausgeschlossen sei, und daß mehr Arbeitskräfte eingestellt werden müßten, als zur Leistung der vorliegenden Aufträge erforderlich waren, wurde scharf zurückgewiesen, ganz besonders aber der immer wieder erhobene Vorwurf des Rückgangs der Arbeitsleistung. Der Berichterstatter ist in einem derartigen Prinzipale zu suchen, die sich auf einen Gehilfenzulage sich nicht damit abfinden können, auch die entsprechende Zahl von Arbeitskräften ihren Aufträgen gemäß zu halten, sondern die versuchen, die während des Krieges mit weniger Personal, dafür aber durch mehr Antreiben, die Arbeiten herauszubekommen. Deshalb kann man auch den Ruf nach mehr Freiheit und dem Recht, überflüssige Arbeitskräfte zu entlassen sowie die Ansicht, daß dem Buchdruckgewerbe durch Verkürzung der Arbeitszeit nicht gebietet ist, verfechten. Kollege Klein entledigte sich seines Referats in gewohnter, überblicklicher Weise. Die Diskussion hierüber, die wegen Räumung des Saales infolge anderweitiger Vergebung desselben am andern Tage fortgesetzt wurde, war scharf, aber sachlich. Die Versammlung nahm mit Bedauern Kenntnis von der abnehmenden Haltung der Prinzipalvertreter bezüglich der Beschäftigungszulage. Im Anbetracht der Tatsache, daß nicht nur allen Staatsangestellten und -arbeitern, sondern auch weiten Kreisen der Arbeitnehmer in der Privatindustrie eine weitgehende einmalige Unterstützung zur Ausgleichung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse gewährt wurde, hätte man von der sich sonst in der Öffentlichkeit immer als sozial-fortschrittlich gerierenden Prinzipalität mehr entgegenkommen erwarten dürfen. Die Versammlung erkannte das Bemühen speziell der Gehilfenvertreter an, zu einer Verknüpfung der streikenden Teile zu kommen und war angefaßt der nicht zu verkennenden schwierigen Lage des Berufs mit der gewährten Feuerungszulage einverstanden. Als vollkommene Ausgleichung der fortgesetzt steigenden Lebensbedürfnisse konnte sie die Zulage natürlich nicht anerkennen. Auch war sie der Ansicht, daß die Prinzipalität an einer schlecht gehaltenen Gehilfenchaft kein Interesse haben kann, wenn ihr die immer härtere Abdrängung der Intelligenz von Berufe nicht gleichgültig erscheinen soll. Von der Regierung erwartete die Versammlung in ihrer Resolution, daß sie allen Bestrebungen auf Forderung oder Beilegung der Rationierung und Zwangswirtschaft nicht nur den allerhöchsten Widerstand entgegensetzt, sondern mit allen Mitteln verucht, eine stärkere Zentralisation und Kontrolle untrer Wirtschaft herbeizuführen. Auch ersehnte die Übernahme der Eins- und Ausfuhr in eigene Regie oder die verstärkte Kontrolle unerläßlich. Diese Maßnahmen seien im Interesse der weitesten Volksschichten geboten, wenn die Regierung sich das wenige Vertrauen erhalten will, das die Arbeiterchaft in ihre Fähigkeit setzt, den Preisstreibern und Wucherern eine Schranke zu setzen und unsre Volkswirtschaft allmählich wieder in gedrohter Bahnen zu lenken. Wird hier nicht Wandel geschaffen, so nimmt die Schraube „Preisfetterung — Lohnerböhung“ kein Ende und der Zusammenbruch ist unvermeidlich.

Krimmischau. Nach den Berichten der Vertrauensmänner in der am 20. Dezember abgehaltenen Versammlung gelangten die neuen Feuerungszulagen reiflos zur

Auszahlung. Die Verammelten erkannten die auslopernde Fähigkeit der Gehilfenvertreter an, kritisierten jedoch scharf das geringe Entgegenkommen der Prinzipale. Die Gehilfenchaft sei enttäuscht und unbefriedigt über die minimalen Zugeständnisse. Es werde deshalb erwartet, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit gegen die jegliche Wirtschaftspolitik der Regierung, die für die Arbeiterklasse immer unhaltbarere Zustände schafft, energisch protestieren.

Leipzig. (Schriffschneider.) Die hiesige Vereinigung hielt am 18. Dezember ihre Monatsversammlung ab. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden stellte sich Kollege Arnold an. Er gab bekannt, daß sich der Eintritt unserer Vereinigung in die Gewerkschaft am 1. November vollzogen hat. Wir erhielten einen Sitz im Vorstande zugewilligt. Der Reichsarzt ist in den hiesigen Gewerkschaften durchgeföhrt. Mit der Firma Gieseler & Seoriant machten sich drei Verhandlungen nötig, die sind aber ebenfalls nach den Bemühungen des Vorstandes zum guten Abschlusse gekommen. Mit den Schriffschneiderprinzipalen schweben zur Zeit noch Verhandlungen, doch dürfte auch hier schon in den nächsten Tagen ein Erfolg zu verzeichnen sein. Der Vorsitzende machte ferner Mitteilung von dem von der Frankfurter Vereinigung aufgestellten Akkordtarif für Sandsteine. Dieser wurde von der Versammlung als völlig unzureichend abgelehnt. Unsere Gegenvorschläge sind nach Frankfurt abgeschickt. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten empfahl Kollege Arnold, die Kurse und Vorträge der Bildungsgemeinschaft recht zahlreich zu besuchen. Dem für diese Zwecke zu gewährenden Beiträge von 10 Pf. pro Kopf aus der Kasse wurde zugestimmt.

Mannheim. In der gutbesuchten Versammlung am 20. Dezember wurden drei Kollegen aufgenommen, drei Aufnahmegegner zurückgestellt. Den bedürftigen Witwen und Waisen verlorbenen Kollegen wurden je 50 Mk. aus dem Wohltätigkeitsfonds überwiesen. Hieran erstattete Kollege Seiwert eingehend Bericht über Gewerkschaftskonferenz und Tarifauschubshilfung. Die Mitglieder erklärten sich von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Dem Danke des Vorstandes für die hochherzige Sittung der deutsch-amerikanischen Synagoga schließt sich der Bezirksverein an. Kollege Huber erstattete den Kassenbericht für das dritte Quartal, welcher in Einnahmen und Ausgaben mit 12785,48 Mk. abschließt, worauf, da durch Beschluß des Gauvereins die Bezirkskassengeschäfte von der Gauverwaltung getrennt werden, die Wahl eines Bezirkskassierers erfolgte, aus welcher einstimmig Kollege Gerber hervorging. Infolge erhöhter Ausgaben erfolgte die Erhöhung des Bezirksbeitrags um 20 Pf. Einer Anregung, die Zustellung des „Korr.“ betreffend, wurde man gelegentlich nähertreten.

R. Oldenburg. In der Versammlung am 22. Dezember wurde zunächst der Bericht von der Bezirksvorkehrerkonferenz entgegengenommen. Das Ergebnis der letzten Tarifauschubshilfung wurde unter Berücksichtigung der gewerblichen Verhältnisse mit Befriedigung aufgenommen, wenigstens es keinen Ausgleich gegenüber der Steuerung bildet. Die Steuerungsulagen wurden in allen Durchreihen ausgeschüttet. Bedauert wurde, daß der erhöhte Lokalzuschlag von 7¹/₂ auf 12¹/₂ Proz. erst ab Februar zur Auszahlung gelangen soll. Der Mitgliederstand hat die Zahl 120 bei Kreisbeginn um 30 überschritten. Arbeitslose sind, weder am Orte noch im Bezirke dauernd vorhanden. Nach Erledigung einiger Aufnahmegegner, Wahl der Karledelegierten und einer kritischen Besprechung der geplanten Weihnachtsfeier wurde gegen die Verschlechterung der Betriebsrätevorsorge der Regierung energisch protestiert.

S.-G. Plauen i. V. Zu der am 15. Dezember abgehaltenen Monatsversammlung waren erfreulicherweise wieder über 100 Kollegen erschienen — ein Zeichen des immer reger werdenden Interesses am Verbandsleben. Gauvorsitzer Döfler (Chemnitz) war anwesend, um über die Gauvorsitzerkonferenz zu berichten. Er war in der Lage, das am Montag früh in seine Hände gelangte Resultat der Tarifverhandlungen vor Erstattung seines Berichts bekanntzugeben. Die Kollegen nahmen das Ergebnis, das nicht im entferntesten einen Ausgleich der jetzigen Steuerung darstelle, mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Kollege Döfler entledigte sich seiner Aufgabe in äußerlich faktvoller Weise; er wies auch auf die kommende Generalversammlung hin, die eine ganz gewaltige Arbeitslast zu erledigen hat. Der folgende Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Plauen kann sich mit dem Resultat der Tarifauschubshilfungen nicht einverstanden erklären, da die vom 15. Dezember ab zu gewährenden Zulage durch die erneuten Preissteigerungen schon längst überholt ist. Die Gehilfenvertreter werden deshalb aufgefordert, die jetzigen Abmachungen zum nächsten Termin wieder zu kündigen und in neue Verhandlungen einzutreten. Das neue Resultat soll rückwirkend ab 15. Dezember 1919 Gültigkeit haben.“ Eine weitere Resolution fand Annahme, in der scharfster Protest erhoben wird gegen die Verschleppung der Regierung der Lokalzuschläge und Bildung von Wirtschaftszweigen im Tarifkreise Sachsen.

Saalfeld. Versammlung vom 18. Dezember.) Nachdem Vorsitzender Träger die Kollegen Heerdeggen und Mennicke, die auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken konnten, in kurzen Worten geehrt, beschäftigte man sich mit der vom Tarifauschubse beschlossenen neuen Steuerungsulage. Es wurde erklärt, daß man sich mit dem Erreichten unter dem Drucke der Verhältnisse zufriedengeben müsse, und man bedauerte das geringe Verständnis der Prinzipale für die gegenwärtige Wirk-

schaffslage der Gehilfen. Besondere Anerkennung fand die Fähigkeit der Gehilfenvertreter. Bedauert wurde ferner, daß gegenwärtig immer noch Kollegen gezwungen sind, außerhalb des Bezugs ihr Brot zu suchen. Da außer diesen auch noch genügend Arbeitslose vorhanden sind, ist die jetzt laufende Forderungsdoppelung doppelt zu verwerfen. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde auch die Notiz in einer beliebigen Zeitung betreffs der jetzigen Gehilfenlöhne verurteilt. Es wurde darin allgemein eine Aufmunterung der Eltern, ihre Söhne unfern Berufe zu wählen, erwidert. Weiter wurde noch angeregt, im Kartell eine Aussprache herbeizuföhren über Erhöhung des Krankengeldes der Ortskrankenkasse, über das Betriebsrätegesetz und um das neue Reichslohnkommissionengesetz.

Scheuditz. In unserer vorletzten Mitgliederversammlung wurde der Beschluß gefaßt, an die hiesigen Firmen heranzutreten zwecks Gewährung einer Wirtschaftsbefähigung, deren Höhe in das freie Ermessen der Prinzipale gestellt wurde. Wir erwarteten nun bestimmt, daß jede Firma dieser sozialen Forderung Gehör ickenen würde, doch vergebens. Von drei Firmen gewährte nur die Firma Boreller eine Beihilfe von 100 Mk. für Gehilfen, 30 Mk. für Lehrlinge sowie für das übrige Personal einen annehmbaren Betrag. Als Vorsitzender wurde gewählt Kollege Wagner und als Kassierer Kollege Parich.

Stollberg. In einer am 18. Dezember abgehaltenen Versammlung gründeten die hier konditionierenden Kollegen einen Ortsverein. Zwei Mitglieder, die unsrer Sache noch fernstanden, meldeten sich zum Verbände. Die tariflichen Verhältnisse in den zwei hiesigen Dreierreihen sind gut. Nur bei der dritten Firma muß in verschiedenen Punkten Abhilfe geschaffen werden. Auch dies wird gelingen. Die Kollegen erklärten sich mit den Beschlüssen des Tarifauschubses einverstanden, erhoben aber Protest dagegen, daß bei Festsetzung von Steuerungsulagen die kleineren Orte stets zurückgesetzt würden, hoffen aber auf eine bessere Berücksichtigung, da diese genau wie die größeren Städte mit der Lebensnot zu kämpfen haben. Möge unsern jungen Ortsverein eine gute Zukunft beschieden sein, damit er ein gesundes Reis am Verbandsbaume wird!

Stuttgart. Im Betriebe der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart konnte im abgelaufenen Jahr eine ganze Anzahl Angestellter und Arbeiter die verschiedensten Jubiläen feiern, und zwar das fünfzigjährige Berufsjubiläum Oberkassier Karl Herre, Obermaschinenmeister Heinrich Bürlter, Korrektor Otto Schenk, Seher Adolph Seb und Maschinenmeister Karl Neef; das fünfzigjährige Geschäftsjubiläum der Magazinverwalter Friedrich Werner; das vierzigjährige Geschäftsjubiläum der Seher Adolph Seb und der Maschinenmeister Georg Huber; das 25jährige Geschäftsjubiläum der Maschinenmeister Emil Huber, der Galvanoplastiker Louis Huber; die Buchbinder Wilhelm Buch und Otto Köhler, die Hilfsarbeiterinnen Karoline Weich, Rosa Kömer, Anna Schwegler und Pauline Vollmar. Allen Jubilären wurde an ihrem Ehrentage von den Kollegen ein Diplom nebst entsprechendem Angebinde überreicht; auch die Firma selbst ließ es an der Anerkennung in Form eines Geldgeschenks nicht fehlen.

F. Stuttgart. (Maschinenbauer.) In der gutbesuchten Versammlung am 30. November begrüßte Vorsitzender Schröter zuerst die aus der Gesangenschaft zurückgekehrten Kollegen. Dann machte er die Mitteilung, daß die Arbeitsgemeinschaft 5000 Mk. bewilligte für zwei Kollegen zum Besuche der Kunstgewerkschule. Der Ausschub hat der Zentralkommission empfohlen, den Spartenkongress kurz vor der Generalversammlung abzuhalten. Die monatliche Erscheinungsweise der „Technischen Mitteilungen“ wurde gewünscht und der dadurch notwendigen Beitragserhöhung von 10 auf 15 Pf. zugestimmt. Bei Punkt 2 hielt Kollege Werner einen gut durchdachten und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Tariffragen“. Nach einer kurzen Diskussion, die sich an das Referat anschloß, wurde eine liebegliedrige Kommission gewählt, die die Vorarbeiten für die in Aussicht stehende Tarifrevision vornehmen und eventuell Anträge vorbereiten soll. Eine sehr lebhaft und ebenso interessante Aussprache brachte der Punkt „Technisches“. Die Anzeige des Kollegen Winzauer aus Hechingen im „Korr.“ wurde als pure Geldmacherei bezeichnet. Die Kollegen Hob und Sodi gaben ihre Erfahrungen mit der elektrischen und der Aelzenbeheizung zum besten, wodurch manchem Kollegen guter Rat zuteil wurde. Kollege Bauß besprach noch eingehend den im Entstehen begriffenen elektrischen Heizapparat einer Waldsuter Firma, der wesentlich billiger werden dürfte als der von Winkler, Falter & Co., welcher letzterer bis jetzt aber voll befriedigt. Nachdem Kollege Heiming noch einen Heizapparat von Albert Stahl in Stuttgart besprochen hatte, der sehr gut und billig sei, fand die sehr schön und anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Entzsch (Oberpf.). Am 29. Dezember konnte hier zum erstenmal eine von sämtlichen Kollegen besuchte Versammlung abgehalten werden. Gauvorsitzer Semmerich (München) erstattete Bericht über die Tarifauschubshilfung. Die Versammlung sprach den Gehilfenvertretern ihren Dank aus und erklärte sich mit den Beschlüssen einverstanden. Auch die Lokalzuschlagsfrage fand ihre Erledigung. Ab 1. Februar wird der erhöhte Lokalzuschlag eingeföhrt.

Trier. In der Versammlung am 28. Dezember, in der auch die Erhöhung der Beiträge eine längere Debatte hervorrief, berichtete Vorsitzender Joseph Kreis über die Versammlung des Tarifkreises II in Köln. Es wurde hierauf eine Entschlußung einstimmig angenommen,

nach der die Versammlung auf dem Standpunkt steht, daß auch nach der neuen Steuerungsulage ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben für die Lebenshaltung nicht geschaffen ist. Die Verhältnisse im besetzten Gebiete verschlimmern sich von Tag zu Tag. Die Verarmung erwartet, daß in Zukunft die Verhältnisse im besetzten Gebiete besondere Berücksichtigung finden. An Anschaffung von Bekleidung ist bei den märchenhaften Preisen für solche nicht zu denken. Auch bei dem jetzt erhöhten Einkommen hinken die Buchdrucker in Trier noch hinter andern Arbeiterkategorien her.

y-r. Weimar. (Vierteljahrsbericht.) Die drei letzten Monatsversammlungen waren sämtlich gut besucht. Ständig hehren liebe Kollegen aus der Gesangenschaft zurück, in untrer Mitte auf das herzlichste begrüßt. Sechs Neuaufnahmen und ein Wiedereintritt konnten dem Gauvorsitzende besührend überwiesen werden. Eine Mehrausgabe für den Bezugspreis des „Korr.“, entstanden durch die neuen Postgebühren, übernahm die Bezirkskassier. Bei einer Revision der Verbands-, Gau- und Witwenkasse wurde alles in bester Ordnung gefunden. Aus dem Vierteljahrsberichte der Bezirks- und Ortskassen war zu ersehen, daß besonders die letztgenannte einen nennenswerten Betrag in ihr Guthaben zu buchen hatte. In der Hauptfache beschäftigte man sich in den beiden letzten Versammlungen mit der enormen Steuerung und dem unmöglichen Auskommen, aus welchem Grunde auch mit einem Gehalt um Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbefähigung an die hiesigen Prinzipale herangeföhrt wurde, das bedauerlicherweise nicht das nötige soziale Verständnis von dieser Seite fand. Umfangreiche Kartellberichte machten die Versammlungsabende besonders interessant, insofern die Rationierung für die Arbeiter eine Hauptrolle dabei spielte. Die Errichtung einer Gedenkstiftung für die 25 gefallenen Kollegen des Ortsvereins überließ man in der Ausführung dem Gauvereine, der seit Beendigung des Krieges wieder eine legendreiche Tätigkeit entfaltet und verschiedene interessante Vortragsabende seinen Mitgliedern bot. — Die Versammlung am 12. Dezember brachte neben andern wichtigen Angelegenheiten den Vortrag des Kollegen Prox über die Verhandlungen der Gauvorsitzerkonferenz. In seiner geführgen Rede wurde unterbreitet uns der Referent die hauptsächlichsten Beschlüsse dieser Tagung. — Am Vortage trafen sich wie alljährlich, trotz des hohen Schnees, die Kollegen von Ulpoda, Sena und Weimar in stattlicher Anzahl in Frankendorf, um sich wieder einigen Stunden organisatorischer, historischer und gemüthlicher Betrachtungen zu widmen. Bei dieser Gelegenheit trat zum ersten Male wieder der Gauverein „Gutenbergs“ Weimar, der seit diesem Vierteljahre wieder zu neuer Tätigkeit erwacht ist, auf den Plan. — Am 13. Dezember fand eine vom Bezirk Weimar des Gauverbundes einberufene öffentliche Buchdrucker-versammlung statt, zu der auch ein Teil der Verbandskollegen, darunter unsere anlässlich der tags darauf gefagten Bezirksvorsitzerkonferenz anwesenden Bezirksvorsitzer von Altenburg, Erfurt, Gera, Gotha und Sena, erschienen waren. Kollege Treffer vom Gutenbergsbunde schilderte in eingehender Weise den Gang der Verhandlungen im Tarifauschubse, soweit er an ihnen in den verfloffenen fünf Tagen mitwirken konnte, legte die Schwierigkeiten dar, die es zu überwinden galt, um schließlich das Ergebnis nach jeder Richtung hin zu beleuchten. Die Aussprache, an der sich Mitglieder beider Organisationen beteiligten, zeigte, daß die Kollegenschaft mehr erwartet hatte und auch erwarten konnte. Es wurde dabei auch anerkannt, daß die Schuld hieran nicht bei unsern Gehilfenvertretern zu suchen ist. Folgende Entschlußung fand einstimmige Annahme: „Die von tarifreuen Gehilfen aus Weimar, Erfurt, Sena, Gera, Gotha und Altenburg beschlossene öffentliche Buchdruckerversammlung in Weimar am 13. Dezember erklärt nach dem Referat des Kollegen Treffer, daß sie die Beschlüsse des Tarifauschubses respektieren will, sie muß aber weiter erklären, daß sie die beschlossene Erhöhung der Steuerungsulage als nicht ausreichend ansehen kann. Bei weiterer Steigerung der Preise erwarten die Gehilfen entsprechende Zugeständnisse der Prinzipale.“

Bezirk Wiesel. Die am 23. Dezember am Vororte abgehaltene Bezirksversammlung war infolge mangelhafter Bahnverbindung nur mäßig besucht. Vorsitzender Lehmann gab den Bericht von der Bezirksvorsitzerkonferenz über die letzte Tarifauschubshilfung. Reicher Beifall lohnte die sachgemäßen, erschöpfend wiedergegebenen Ausführungen und die Versammlung stellte sich auf den Boden der von der Kreisversammlung in Köln gefaßten Resolution. Wie aus den Berichten der einzelnen Druckorte hervorging, ist die Steuerungsulage ab 15. Dezember überall anstandslos bezahlt worden.

Versehiedene Eingänge

„Gachmittellungen für die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften.“ Nr. 78, 1919. Jährlicher Bezugspreis bei postfreier Zustellung der Nummern I Mk. 10 Pf. (inkl. Porto), Berlin SO 19, Schindlerstr. 32, 5. IV.

„Grafische Materialienmarkt.“ Zentralorgan für das gesamte graphische Gewerbe. Nr. 23, Verlag von F. W. Veit in Leipzig, Bamberger Str. 47. Preis 5 Pf. (inkl. Porto) vierteljährlich 2,50 Mk. Einzelnummer 20 Pf.

„Der Naturarzt.“ Nummer 12, 47. Jahrgang. Erscheint am ersten jeden Monats. Preis jährlich 4 Mk., Einzelnummer 35 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Mittelschichten.“ Zeitschrift für Internationalen Kommunismus. Herausgegeben von Julian Borchardt. Nr. 8, 8. Jahrgang, 1919. Erscheint Mitte jeden Monats. Preis 50 Pf. Verlag der „Mittelschichten“, Berlin-Charlottenburg, Hedwigstr. 10.

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 24, 30. Jahrgang, 1919. Jahresbezug 6 Mk., Einzelheft 20 Pf. Verlag S. Hartwich Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.

„Die Neue Zeit.“ Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 11 bis 14, 38. Jahrgang, 1. Band, Verlag von G. v. W. Dietz Nachf. in Stuttgart.